

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angabenpreis: Die Abonnementspreise sind für die Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Goldmarken, auswärtige Anzeigen 25 Goldmarken, Restumschlagung 10 Goldmarken, amtliche Zelle 20 Goldmarken.

Veränderungen nehmen die Anzeigen für die Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Goldmarken, auswärtige Anzeigen 25 Goldmarken, Restumschlagung 10 Goldmarken, amtliche Zelle 20 Goldmarken.

Programme: Copieblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900.

Nr. 173

Sonnabend, den 26. Juli 1924

19. Jahrgang

Politische Rundschau.

Es ist immer amüsant für die Bürgerlichen, wenn sich die beiden Arbeiterparteien streiten. Bei solchen Gelegenheiten erfährt man immer Neuigkeiten. In ihrem Horn über eine Notiz der sozialdemokratischen Blätter: „Es geht bergab mit der SPD.“ schreibt die kommunistische Presse zu der Behauptung, kommunistische Landtagsabgeordnete tummelten sich in Bad Elster herum, folgendes: „Es ist der kommunistischen Landtagsfraktion bekannt, daß Bestechungsversuche unternommen worden sind. Zwei Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion sind Freikarten, dem einen für eine halbe, dem anderen für eine ganze Kur in Bad Elster zur Verfügung gestellt worden. Beide Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion haben selbstverständlich diese Versuche, die kommunistischen Fraktionsmitglieder in die Korruption mit hineinziehen, zurückgewiesen. Sie haben die Freikarten den betreffenden Stellen wieder zur Verfügung gestellt. Kein Mitglied der kommunistischen Landtagsfraktion, noch viel weniger die gesamte Landtagsfraktion hat sich in Bad Elster wie ein Bourgeois herumgedrückt. Wir stellen jedoch fest, daß verschiedene Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion jahrein jahraus auf Kosten der Allgemeinheit sich in Bad Elster herumdrücken. Wenn die „Volksstimme“ will, dann können wir Namen nennen. Auch in diesem Jahre haben mehrere Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und, soweit wir unterrichtet sind, nicht nur die Landtagsabgeordneten selbst, sondern auch ihre Frauen die Freikarten in Anspruch genommen. Die sozialdemokratischen Arbeiter brauchen sich bloß einmal Sonntags in Bad Elster umzuschauen, und sie würden manch einen ihrer Führer sehen können, wie er mit fatten Bourgeois herrlich und in Freuden lebt.“ — Wenn die gegenseitigen Enthüllungen weitergehen, wird man vielleicht noch manches Interessante erfahren.

Die deutsch-nationale „Kreuzzeitung“ veröffentlicht zum 100. Geburtstag des Philosophen Bruno Fischer einen ausgezeichneten Artikel. Der Verfasser spricht von der Wertschätzung Fischers, im Jahre 1855 sich in Berlin zu habilitieren und bemerkt dazu:

„Das war man freilich leichter gesagt als getan. Für einen Dozenten von der kritischen Schärfe und dem steinernen Unabhängigkeitsfinn Fischers, der überdies von den Theologen, des Pantheismus und des Skeptizismus verdächtigt wurde, war in dem von der Reaktion beherrschten Preußen, in dem Männer wie Friedrich Julius Stahl, der Wortführer der konservativen Partei, die Umkehr der Wissenschaft forderten, am allerwenigsten ein Platz. Vergebens legte sich Alexander v. Humboldt bei Königin Friedrich Wilhelm IV. für die Zulassung Fischers ein. Die engherzige Feindseligkeit des Ministers v. Kaumer kämpfte gegen ihn und den einmütigen Willen der philosophischen Fakultät mit verböhrender Hartnäckigkeit. Dem unerquicklichen Streit machte erst Fischers Berufung als Professor nach Jena ein Ende, eine Berufung, die Humboldt zu dem melancholischen Ausdruck veranlaßte: „So hat das kleine Jena wieder die Ehre Deutschlands gerettet.“ Es ist ein großer Verlust für Berlin, dem Fischer angehören muß, wenn es hier einst besser wird.“ Dazu sollte es aber nicht mehr kommen.“

Der Erkenntnis von den Gefahren der konservativen Reaktion hat die „Kreuzzeitung“ bisher nur unter dem Strich Raum gegeben. Wir hoffen, daß das deutsch-nationale Organ diese Ansicht auch in seinem politischen Teil beherzigen wird.

In Lissa will man den 10. Jahrestag der Befreiung Ostpreußens von den Russen feierlich begehen, aber das Programm für die Feier war derart, daß die Tagung vom Oberpräsidenten verboten wurde, weil sie jeden überparteilichen Charakter vermissen ließ. Darob große Entrüstung im „nationalen“ Lager. Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ würde es zwar für richtiger halten, wenn die Parteipolitik ausgeschaltet würde, aber sie wünscht trotzdem die Abhaltung dieses „nationalen“ Festes. Mit Verlaub, wir sind ganz entgegengelegter Ansicht. National ist für uns das, was unser ganzes Volk umfaßt. Jede Ausschließung Deutscher von einem solchen Fest macht es zu einer parteipolitischen Veranstaltung, die in einer solchen Zeit aufsteigend und gefährlich ist. Bei Tannenbergs Knippen nicht nur Ostpreußen und Deutsch-nationale sondern Angehörige aller Stände, Parteien und Konfessionen. Ostpreußen verdankt allen seine Befreiung, und es heißt geradezu die geschichtliche Wahrheit verflüchten, wenn jetzt auf den Schlachtfeldern, die von Gräbern aller Parteiangehörigen bedeckt sind, wieder Reden gegen die Deutsche Republik und die zahllosen Kämpfer des Weltkrieges in den anderen Vortzen gehalten werden. Ganz abgesehen von dem außenpolitischen Schaden, der bei solchen Gelegenheiten von unverantwortlichen Freitredern gestiftet wird.

Außenpolitische Aussprache im Reichstag.

Rundgebung der Mittelparteien. — Die Erklärung des Reichszanlers.

Nachdem der Reichstag, wie an anderer Stelle dieses Blattes berichtet wird, die Sozialdebatte zu Ende geführt hatte, kam er zu der Aussprache über die Außenpolitik.

Hörs. Behrensdach (Zentr.) verliest eine Erklärung, in der es heißt: Die Fraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei halten eine große außenpolitische Debatte in diesem Augenblick nicht für zweckmäßig. (Unruhe und Aha-Rufe rechts.) Die genannten Fraktionen beschränken sich auf die Erklärung, daß sie die Politik des Reichskabinetts billigen, als deren Ziel sie die Regelung der Reparationsfrage auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens betrachten. (Zurufe der Reizoz.: Landesverrat!, Lachen.) Das Gutachten darf aber nicht nur insoweit durchgeführt werden, als es Deutschland Lasten auferlegt, sondern es muß auch den Bestimmungen Rechnung getragen werden, die auf Deutschlands Lage Rücksicht nehmen.

Als Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit Deutschlands bezeichnen die Sachverständigen die Herstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit im gesamten Staatsgebiet. Deshalb muß das über den Vertrag von Versailles hinaus besetzte Gebiet wirtschaftlich und militärisch geräumt (Zuruf rechts: Da könnt Ihr lange warten!), der Vertragszustand im altbesetzten Gebiet wiederhergestellt, die Gefangenen befreit (Weisfall), die Ausgewiesenen zurückgeführt (erneuter Weisfall), und die deutsche Souveränität und die vom Rheinlandabkommen anerkannten Rechte der rheinischen Bevölkerung wiederhergestellt werden. (Wärmende Zwischenrufe auf der Rechten.)

Die Erklärung der drei Parteien ist zu ernst, um auf solche trübsüchtigen Störungen einzugehen; wir haben gedacht, daß wir es hier doch mit politisch reifen Männern zu tun haben. (Lebhafte Zustimmung h. d. Mehrheit.) Ferner müssen bei der Durchführung des Gutachtens die Grenzen der Leistungsfähigkeit Deutschlands eingehalten werden, nach dem Gutachten selbst sind Maßnahmen nur in dem Umfange zu treffen, daß dadurch weder die Lebenshaltung des deutschen Volkes unter dem Stand anderer Kulturnationen herabgedrückt noch die Stabilität der deutschen Währung an den internationalen Börsen erschüttert wird. Die Verpflichtungen, die Deutschland eingehen soll, gehen über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinaus, sie können aber von Deutschland nur im Wege eines freien Vertrages übernommen und niemals als Diktat aufgedrungen werden. Die bisherige Entwicklung hat bewiesen, daß die Reparationsfrage nicht durch Gewalt, sondern nur auf dem Wege verständnisvoller Zusammenarbeit

aller Nationen zu lösen ist. Wir vertrauen darauf, daß die Reichsregierung in diesem Geiste in die Londoner Verhandlungen eintritt. Wir billigen es, daß die Reichsregierung die Kriegsschuldfrage aufgegriffen hat. (Weisfall.) Wir sind bereit, sie bei der Fortführung ihrer seither konsequent verfolgten Politik mit allen Kräften zu unterstützen. (Erneuter Weisfall bei der Mehrheit.)

Reichszanler Dr. Marx:

Bei einem Teile dieses Hauses scheint man wirklich noch in Unkenntnis zu sein über die Stellung, die das Reichskabinett in der auswärtigen Politik einnimmt. Der Außenminister hat in der Sitzung des auswärtigen Ausschusses auf zahlreiche an ihn gerichtete Fragen eingehende Auskunft gegeben und auch sonst unsere Aufmerksamkeit über die außenpolitische Lage in eingehender Weise dargelegt. Angesichts der außenpolitischen Lage und angesichts namentlich der Tatsache, daß kurz vor der Eröffnung der Londoner Konferenz noch nichts Bestimmtes, Bestimmendes zu sagen ist, hält die Reichsregierung es nicht für zweckmäßig, hier in eine nähere eingehende Darlegung einzutreten (Zustimmung bei den Regierungsparteien), namentlich, da unser Standpunkt ganz genau derselbe ist, den ich in meiner Regierungserklärung am 4. Juni d. J. eingehend dargelegt habe. Ich habe, um das gleich zu bemerken, gegenüber gewissen Zwischenrufen auch bezüglich der Schuldfrage eine Stellung eingenommen, die dann noch ausgiebig vom Herrn Außenminister erwehrt worden ist, und die so ist, daß ich heute auch nicht das geringste hinzuzusetzen habe. Ich beschränke mich deshalb heute auf die Erklärung, daß die Wünsche und Forderungen, die der Redner zur Sprache gebracht hat, und die sicherlich auch von der großen Mehrheit des hohen Hauses und vom gesamten deutschen Volk gebilligt werden, von mir gern entgegengenommen werden und daß die Reichsregierung befreit sein wird, sich in allen Fällen für ihre Durchführung einzusetzen. (Lebhafte Weisfall bei den Regierungsparteien.)

Hörs. Berndt (Dn.) hätte eine etwas entschiedener Erklärung der Reichsregierung gewünscht, gerade jetzt, wo die Blicke der Welt auf den Reichstag gerichtet sind. Leider hat auch der Außenminister es unterlassen, sich erspöndend zu äußern. Da die Regierung eine klare Stellungnahme vermeiden hat, behalte seine Fraktion sich ebenfalls ihre Haltung durchaus vor. Gegen die Schuldfrage müsse der Kampf mit allen Kräften aufgenommen werden. Der Redner fordert, daß die Regierung in London ihre Pflicht tue. Es gelte die Ehre des deutschen Namens.

(Fortsetzung nächste Seite.)

Deutschlands Einladung beschlossen.

Paris, 25. Juli. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in London meldet: Der aus einem französischen und einem englischen Rechtsfachverständigen zusammengesetzte Ausschuss (Promageot und Sir Cecil Hurst), der ein Gutachten über die Hinzunahme deutscher Vertreter erstatten soll, hat festgestellt, daß die Deutschen berufen werden und zu gewissen Modalitäten der Durchführung des Sachverständigenplanes Stellung nehmen müßten.

Nächste Vollziehung am Montag.

London, 25. Juli. Die nächste Vollziehung ist auf Montag nachmittag 4 Uhr festgesetzt worden. Auf dieser Sitzung soll die Frage der deutschen Einladung behandelt und entschieden werden. Es ist bestimmt mit einer Einladung Deutschlands zu rechnen. Sollte irgendwelches neue Hindernis auftreten, wird die Ankunft der deutschen Delegation am Mittwoch und die erste Konferenz unter deutscher Beteiligung am Donnerstag stattfinden. Mittelbar ergibt sich daraus eine Überbrückung der Gegenfrage. Wenn auch keine Sitzung des politischen Komitees stattgefunden hat, jedenfalls keine offiziellen Verhandlungen mit der Bankwelt, so sind die vertraulichen Besprechungen fortgesetzt worden und werden, wie man hofft, im Laufe der nächsten Tage so weit gefördert werden, um die Vollziehung und damit auch die deutsche Einladung zu ermöglichen. Es sind aber im Augenblick die vorhandenen Schwierigkeiten noch keineswegs ganz überwunden. Ins-

besondere ist die Bankwelt noch nicht zufriedengestellt. Ungebillig soll die Vermittlungsaktion der Belgier Aussicht auf einen Erfolg haben. Man rechnet damit, daß die Paragraphe des Friedensvertrages, wonach die Reparationskommission ihre Rechte auf weitere Kommissionen übertragen kann, die Brücke bilden werden.

Die Hauptdebatte trafen sich heute früh in Downingstreet zu formellen Besprechungen und Zusammenkünften mit den Bankiers. Die Sitzungen dauerten in den ersten Nachmittagsstunden noch an. Aber es ist unmöglich, irgend etwas wie einen Fortschritt zu sehen oder zu sagen, welches Ergebnis diese Besprechungen haben werden. Die Ausschüsse haben jetzt alle ihnen zugewiesenen Arbeiten fertiggestellt und müssen sich nun mit den großen Fragen beschäftigen.

Neue Umgrenzung des Konferenzprogramms.

London, 25. Juli. Herriot und Macdonald haben sich, wie berichtet wird, darüber geeinigt, daß sich die Konferenz, um sich nicht weiter ins Uferlose zu verlieren, auf die Entscheidung folgender fünf Punkte beschränken soll:

1. Die wirtschaftliche Stimmung der Ruhr.
2. Die militärische Stimmung der Ruhr.
3. Die im Januar aktuell werdende Frage der Rücknahme der Röhler Zone durch die Engländer.
4. Die Frage des individuellen Sanktionsrechts.
5. Die Frage der geforderten 4000 französisch-belgischen Eisenbahnen im Rheinland.

Herriot soll dabei gesagt haben, daß er in jedem dieser fünf Punkte den ernstlich amerikanischen Wünschen so weit wie möglich entgegenkommen wolle, doch müsse er dann, um seine parlamentarische Lage überhaupt halten zu können, einige Konzessionen erhalten.

Stuten, die den Werken dien worden. (den Besetzung Stellung
en Monat et- Verbrauch- en-Spezialfr wie im Ro- 7 und die
stfeinsche butter
frisch Tagespreis. Verpackung extra. Ab-Wafer. unt. chme. melereel in Holst. n. Städte.
ue. e. V. Juli, ark- chen
amten Ver- de und den.
f Aue 2 Uhr reich.
d lei
7. Juli.
in
Stten. Kinder, ab. ellung. stfeil schübt schret. schabt.
Daad, rrrrrrrr Uhr.
nung ung
Stod v. igen g im latt.